

Yu-Hsi Nieh

Zu Taiwans neuer Wiedervereinigungspolitik: "Ein chinesischer Staat, zwei politische Gebilde"

2 Wiedervereinigung in drei Etappen

Bereits vor der Bekanntgabe der Beendigung der knapp 44 Jahre langen Periode der Mobilmachung hatte Präsident Li Denghui am 6. März d.J. ein vom Komitee für Nationale Vereinigung im Februar beschlossenes Programm zur nationalen Vereinigung mit dem Ziel der Gründung eines chinesischen Staates mit mehr Demokratie, Freiheit und Wohlstand für alle gebilligt.²

Das Programm sieht zur Verwirklichung der chinesischen Wiedervereinigung drei Etappen vor. Kurzfristig sollen beide Seiten durch Kontakte die Verständigung fördern und auf der Basis des gegenseitigen Vorteils die Feindseligkeiten aufweichen. Allerdings beschränken sich die Kontakte in der ersten Etappe auf die inoffizielle Ebene. Um die Kontakte der Zivilbevölkerung zu erweitern, sollen alle Einschränkungen schrittweise gelockert, Ordnungen und Regelungen für den Umgang zwischen beiden Seiten aufgestellt und halbamtliche Betreuungsorganisationen zur Wahrung der Interessen der Bevölkerung beider Seiten eingerichtet werden. Was die offiziellen Beziehungen in der ersten Etappe zur Vereinigung anbetrifft, wird in dem Programm gefordert, daß beide Seiten einander als ein "politisches Gebilde" anerkennen und daß die Sicherheit und Stabilität der anderen Seite nicht gefährdet werde. Gemäß dem Prinzip nur eines chinesischen Staates sollen beide Seiten alle Konflikte auf friedlichem Wege lösen und sich einander in der internationalen Gesellschaft respektieren und nicht gegenseitig verdrängen. Ferner sollen, um das Ziel der staatlichen Vereinigung zu erreichen und das Volkswohl auf beiden Seiten der Taiwan-Straße zu fördern, auf dem chinesischen Festland tatkräftige Wirtschaftsreformen durchgeführt und Meinungsfreiheit, Demokratie und Gesetzherrschaft schrittweise eingeführt werden; in Taiwan sollen die Verfassungsreform beschleunigt, der Wirtschaftsaufbau vorangetrieben und eine Wohlstandsgesellschaft errichtet werden.

Mittelfristig, d.h. in der zweiten Etappe, sollen offizielle und gleichberechtigte Kontakte zwischen beiden Seiten

1 Ende der "Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion"

Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) hat am 30. April 1991 offiziell die Beendigung der "Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion" (*kanluan shiqi*) ab 1. Mai erklärt.

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg war der Bürgerkrieg zwischen der Regierung der Guomindang (Kuomintang, GMD) und der KPCh, der 1927 begonnen hatte und 1937-1945 infolge des gemeinsamen Widerstandskampfes gegen Japan unterbrochen war, wiederaufgeflammt. Am 4. Juli 1947 gab die GMD-Regierung in Nanjing (Nanking) offiziell die Mobilmachung bekannt, die auch nach dem Rückzug der GMD-Regierung 1949 auf Taiwan weiter aufrechterhalten wurde.

Am 18. April 1948 verabschiedete die Nationalversammlung die "provisorischen Artikel während der Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion", die einige wichtige Bestimmungen der Verfassung von 1947 suspendierten und dem Staatspräsidenten Befugnisse zur Notverordnung praktisch ohne parlamentarische Kontrolle einräumen. Die quasidiktatorische Macht des Präsidenten wurde durch mehrmalige Ergänzungen der provisorischen Verfassungsartikel in Taiwan noch erweitert.

Am 22. April d.J. hob die Nationalversammlung die "Provisorischen Artikel während der Periode zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebel-

lion" auf und verabschiedete statt dessen die "Ergänzenden Änderungsartikel der Verfassung der Republik China" für die Zeit vor der staatlichen Vereinigung. Die Aufhebung der alten und das Inkrafttreten der neuen Artikel beginnt wie die Beendigung der Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion nach der offiziellen Bekanntgabe durch den Präsidenten am 1. Mai 1991. Damit wurden Zeichen gesetzt für den Verzicht Taiwans auf militärische Rückeroberung des chinesischen Festlandes und die Öffnung für die friedliche Vereinigung Chinas.

Auf der Pressekonferenz vom 30. April 1991 hat Präsident Li Denghui das chinesische Festland unter kommunistischer Herrschaft als ein "politisches Gebilde" (*zhengzhi shiti*) anerkannt. Bezeichnungen wie "rebellische Organisationen" sollen in Taiwan durch "Behörden des (chinesischen) Festlands" oder "chinesische kommunistische Behörden" ersetzt werden. Li Denghui appellierte an beide Seiten der Taiwan-Straße, gemäß den Prinzipien Frieden, Vernunft, Gleichberechtigung und gegenseitiger Begünstigung aktiv an der Entstehung einer neuen Epoche für das chinesische Volk mitzuwirken. Er bekräftigte, daß seine Regierung beschlossen habe, die staatliche Vereinigung nicht mittels militärischer Kraft zu suchen, und er hoffe darauf, daß das kommunistische Regime ebenfalls auf die Gewaltanwendung gegen Taiwan und auf die Isolierung Taiwans in der internationalen Gesellschaft verzichten werde.¹

aufgenommen werden. Dies schließt direkte Post-, Verkehrs- und Handelsverbindungen sowie gegenseitige Besuche auf hoher Ebene ein. Außenpolitisch sollen sich beide Seiten auf der Basis von Konsultationen und Zusammenarbeit an internationalen Organisationen und Aktivitäten beteiligen. Die südöstliche Küstenregion des chinesischen Festlandes soll gemeinsam wirtschaftlich entwickelt werden, was schrittweise auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden soll, um den unterschiedlichen Lebensstandard beider Systeme anzugleichen.

Langfristig, in der dritten Etappe, sollen beide Seiten eine Konsultationsorganisation gründen, die entsprechend den Wünschen der Bevölkerung beider Seiten und gemäß den Prinzipien politischer Demokratie, freier Wirtschaft, sozialer Gerechtigkeit und staatlicher Kontrolle der Streitkräfte über die große Aufgabe der Vereinigung des Landes berät und eine Verfassung zur Gründung eines chinesischen Reiches in Demokratie und Freiheit und Wohlstand für alle ausarbeitet.

Einen genauen Zeitplan für die chinesische Wiedervereinigung sowie für die einzelnen Etappen sieht das Programm nicht vor. Die erste Etappe hat praktisch jedoch schon längst begonnen. Den Anfang machte Beijing zu Beginn des Jahres 1979 mit einem Friedensangebot an Taiwan. Das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses in Beijing schlug damals in einer Neujahrsbotschaft an die Landsleute (*tongpao*) in Taiwan eine friedliche Vereinigung Chinas vor. Bei einer solchen Wiedervereinigung, so hieß es, werde Beijing den Status quo Taiwans berücksichtigen, die Meinungen aller Gesellschaftskreise Taiwans respektieren, eine gerechte Politik betreiben und Maßnahmen treffen, damit die Bevölkerung Taiwans nicht benachteiligt werde. Zugleich wurde der Beschuß der von Taiwan kontrollierten Frontinseln Jinmen (Kinmen, Quemoy) vor der Küste der Provinz Fujian eingestellt. Die Truppen im Gebiet von Fujian wurden ebenfalls reduziert. Die Zivile Luftfahrtbehörde und das Postministerium in Beijing forderten Taiwan auf, Verkehrs- und Postverbindungen zwischen beiden Seiten einzurichten; das chinesische Außenhandelsministerium bot Taiwan die Auf-

nahme direkter Handelsbeziehungen an. Auch von den für Wissenschaft und Kultur zuständigen Stellen wurden eine Reihe von Vorschlägen für Austausch und Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Sportlern und Künstlern gemacht. Deng Xiaoping äußerte gegenüber amerikanischen und japanischen Abgeordneten, Taiwan dürfe nach einer Vereinigung mit China seine Autonomie mit eigenem politischen und wirtschaftlichen System beibehalten. Außerdem könne Taiwan auch eine eigene Armee unterhalten. Die einzige Bedingung Beijings sei, daß Taiwan die Bezeichnung "Republik China" aufgeben und Beijing als Staatshauptstadt anerkennen müsse.³

Die Richtlinien der Beijinger Taiwan-Politik wurden noch am 30. September 1981 von Marschall Ye Jianying, dem damaligen Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China in einem Interview für die chinesische amtliche Presseagentur Xinhua (Neues China) zusammenfassend dargestellt. Dabei machte er erneut die Vorschläge zur Aufnahme der Handels-, Post- und Verkehrsverbindungen, zur Öffnung für gegenseitige Besuche von Verwandten und Touristen sowie zum Austausch beider Seiten in wissenschaftlichen, kulturellen und sportlichen Bereichen, die später auch in der stichwortartigen Abkürzungsform *santong siliu* (drei Arten von Verbindungen und vier Arten des Austausches) bekanntgeworden sind. Er wiederholte das oben bereits genannte Versprechen Deng Xiaopings, Taiwan nach einem Wiederanschluß an China insoweit Autonomie zu gewähren, als es eigene Streitkräfte, sein gegenwärtiges Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sowie seine Lebensform beibehalten dürfe. Ergänzend fügte er hinzu, daß auch nach dem Zusammenschluß beider Seiten die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen Taiwans mit dem Ausland unverändert und die Eigentumsrechte sowie das rechtmäßige Erbrecht auf Privateigentum, Häuser, Grund und Boden, Betriebe und die ausländischen Kapitalanlagen unangestastet bleiben sollen.

Darüber hinaus hat Ye in dem Interview auch einige neue Vorschläge gemacht, so die Beteiligung der Vertreter Taiwans an der Staatsführung, das Niederlassungsrecht und Freizügigkeit

für alle Bürger Taiwans auf dem chinesischen Festland und die Investitionsmöglichkeit für taiwanesischen Unternehmer auf dem chinesischen Festland mit Garantie ihrer legitimen Rechte, Interessen und Profite. Er sprach sogar von Finanzhilfe für Taiwan im Notfall und forderte die KPCh und die GMD dazu auf, auf der Grundlage der Gleichberechtigung Gespräche miteinander zu führen, um eine dritte Zusammenarbeit beider Parteien in die Wege zu leiten und "so gemeinsam zur großen Sache der Wiedervereinigung des Vaterlandes beizutragen". "Beide Seiten können einen Meinungs-austausch zuerst über Kontaktpersonen aufnehmen", meinte er.⁴

Nach Abschluß der sino-britischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 über Hongkong, die eine Umwandlung der britischen Kolonie 1997 in eine chinesische Sonderverwaltungsregion unter Aufrechterhaltung des gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftssystems für 50 Jahre vorsieht, bot Beijings Führung Taiwan die gleiche Lösung nach dem von Deng Xiaoping formulierten Motto "Ein Staat, zwei Systeme" (*yiguo liangzhi*) an.⁵

Das Friedensangebot Beijings stieß zunächst auf harte Ablehnung Taipeis mit der Formulierung der Drei Nein (*sanbu*): Nein zum Kontakt, Nein zu Verhandlungen und Nein zum Kompromiß (*bu jiechu, bu tanpan, bu tuo-xie*). Bis Mitte der 80er Jahre waren Reisen nach und Handel mit dem chinesischen Festland streng verboten. Nachdem die "illegalen" Reisen und Geschäfte aufgrund der ständigen Zunahme nicht mehr zu kontrollieren waren, ging die Regierung dazu über, ein Auge zuzudrücken; dann wurden 1985-86 "indirekter" Handel mit dem chinesischen Festland und 1987 auch Reisen nach drüben über Dritttorte (hauptsächlich Hongkong) offiziell erlaubt. Die Einschränkungen bei sogenannten "indirekten" und "inoffiziellen" Kontakten auf diesen und anderen Gebieten wie Postverbindung und Kulturaustausch sind inzwischen ständig weiter reduziert worden, so daß die Drei-Nein-Politik praktisch nur noch formale Bedeutung hat. Vor kurzem haben 2.503 taiwanesischen Unternehmen nach Aufforderung durch die Regierung Investitionen auf dem chinesischen Festland mit einem Gesamtvolumen von 660 Mio. US\$ offiziell an-

gemeldet. Ursprünglich war das Volumen auf 2-3 Mrd.US\$ geschätzt worden.⁶ Wahrscheinlich haben viele Firmen noch nicht den Mut, ihre Investitionen auf dem Festland oder deren Gesamtsumme bei den Behörden offen anzugeben. Laut Angaben der Beijing nahestehenden Hongkonger Zeitung *Dagongbao* haben bislang rechnerisch über zwei Millionen taiwanische Bürger das chinesische Festland besucht, und die taiwanischen Investitionen auf dem Festland erreichten eine Höhe von 1,6 Mrd.US\$.⁷

Die Kehrtwendung in Taipeis China-Politik kam am 20.Mai 1990, als Li Denghui in der Rede anlässlich seines zweiten Amtsantritts als Präsident den chinesischen Kommunisten gleichberechtigte Verhandlungen zunächst über kulturellen Austausch und Handel und danach auch über die staatliche Vereinigung anbot. Allerdings verknüpfte er dieses Angebot mit den Bedingungen, daß auf dem chinesischen Festland Demokratie und freie Marktwirtschaft eingeführt werden und daß die chinesischen Kommunisten auf Waffenanwendung gegen Taiwan verzichten sowie Taiwans Beziehungen zum Ausland nicht stören. Schon vor seinem neuen Amtsantritt hatte er inoffiziell die Ideen *duideng tanpan* (gleichberechtigte Verhandlungen) und *yiguo liangfu* (ein Staat, zwei Regierungen) in Gesprächen mit einigen Abgeordneten sowie in den Medien verbreitet.

Um die Entwicklung der chinesisch-chinesischen Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu fördern, gründete Taipei im Oktober 1990 das oben erwähnte Komitee für Nationale Vereinigung als ein Beratungsorgan des Präsidenten und im November 1990 innerhalb des Exekutivorgans (Kabinett) das Komitee für das (chinesische) Festland als ein neues Organ für Entwurf, Planung und Ausführung der Politik gegenüber dem Festland. Da offiziell die Drei-Nein-Politik noch nicht aufgehoben ist, wurde zugleich eine halbamtliche Organisation mit dem Namen *Haixia Jiaoliu Jijinhui* (HJJ, Stiftung für den Austausch beider Seiten der Taiwan-Straße) eingerichtet, die sich im Auftrag der Regierung den praktischen Aufgaben im Rahmen des Verkehrs mit dem chinesischen Festland widmen soll.

Solange Beijing Taipei nur als eine lokale Regierung ansieht, will letzteres verständlicherweise keinen offiziellen Kontakt mit der anderen Seite aufnehmen. Aber die Ablehnung des direkten Post-, Reise- und Handelsverkehrs mit dem chinesischen Festland stößt auf breiten Unwillen in der eigenen Bevölkerung. An dieser Politik kann auch deshalb nicht mehr allzu lange festgehalten werden, weil die britische Kronkolonie Hongkong als der wichtigste Transitort im "indirekten" Verkehr zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße ab 1997 fortfällt. Daher dürfe die in Taipeis Programm zur nationalen Vereinigung vorgesehene erste Etappe zur Vereinigung Chinas höchstens bis 1997 dauern, danach müsse die zweite Etappe mit den drei direkten Verbindungen zwangsläufig eingeleitet werden.⁸ Zwar gibt es erneut Spekulationen, daß Taipei in Zukunft Hongkong durch Singapur als neue Drehscheibe für den Transithandel zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße ersetzen wolle,⁹ im Hinblick auf die geographischen Bedingungen scheint dieser Gedanke jedoch eher unrealistisch.

3 Beijings Reaktion auf Taiwans neue Politik zur chinesischen Vereinigung

Als eine erste hochrangige offizielle Reaktion Beijings auf Taiwans neue Politik zur chinesischen Vereinigung erklärte Ministerpräsident Li Peng am 25.März 1991 in seinem "Bericht über den Grundriß für das Zehnjahresprogramm und den 8.Fünfjahresplan für volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung" auf der 4.Tagung des 7.Nationalen Volkskongresses:

"In der jüngsten Zeit haben sich die Taiwan-Behörden mehrmals zur staatlichen Vereinigung geäußert und sich bereit erklärt, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, die objektiv zur Beendigung der Feindseligkeiten zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße und zur Entwicklung der Beziehungen beider Seiten beitragen werden. Das begrüßen wir."

Zugleich verwies er aber auf Taipeis unveränderten Standpunkt "ein Staat, zwei Regierungen", die Fortsetzung der "flexiblen Diplomatie" (Akzeptie-

tion zweier chinesischer Vertretungen), die Verhinderung der direkten Verbindungen (Post-, Reise- und Handelsverkehr) sowie Beschränkung des gleichberechtigten Verkehrs beider Seiten (Einreiseverbot für Kommunisten nach Taiwan und Importbeschränkungen für Handelswaren des chinesischen Festlands).

"Wir hoffen, daß die Taiwan-Behörden weiterhin tatsächlich konkrete Beiträge zu den drei direkten Verbindungen, dem gegenseitigen Austausch und der Vereinigung des Landes leisten. Die Kommunistische Partei Chinas hat längst ihre Bereitschaft erklärt, auf gleichberechtigter Basis mit der Guomintang so früh wie möglich Verhandlungen aufzunehmen. Man kann zuerst über die Vereinigung des Landes sprechen, kann aber auch die Diskussion über die wichtigen Probleme in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße einschließlich der die Taiwan-Behörden interessierenden Fragen vorziehen."¹⁰

In Taiwan wurde Li Pengs Rede als eine positive Reaktion auf Taipeis Programm zur nationalen Vereinigung gewertet.¹¹ Am 28.April 1991, zwei Tage vor Li Denghuis Ankündigung der Beendigung der Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion, traf eine 15köpfige Delegation der oben bereits erwähnten HJJ unter der Leitung von Chen Changwen, Generalsekretär der halbamtlichen Stiftung, zu einem 7tägigen Besuch in Beijing ein. Vor der Reise hatte es Gespräche zwischen der Delegation und Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) gegeben. In Beijing wurde die Delegation vom Büro für Taiwanische Angelegenheiten unter dem Staatsrat, vom Ministerium für Außenwirtschaftliche Beziehungen und Handel, vom Ministerium für Kultur sowie vom Nationalen Fremdenverkehrsamt empfangen. Man bezeichnete die Reise als ein historisches Ereignis oder als offiziellen Auftakt der ersten Etappe des Programms zur nationalen Vereinigung,¹² denn davor hatte es lediglich Kontakt zwischen den Rot-Kreuz- sowie Handelsorganisationen beider Seiten gegeben.

Bei den Treffen mit der HJJ-Delegation beharrte Beijing anfänglich noch auf seinem harten Standpunkt, gab aber auch eine gewisse Kompromißbe-

reitschaft zu erkennen. So wiederholte z.B. der Stellvertretende Direktor des Büros für Taiwanesischen Angelegenheiten, Tang Shubei, am 29. April im Gespräch mit dem taiwanesischen Delegationsleiter Chen Changwen u.a. die Grundsätze Beijings, daß Taiwan ein unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums sei und daß sämtliche Formulierungen wie "Zwei-China", "Ein China, ein Taiwan", "Ein Staat, zwei Regierungen" oder ähnlich sowie Aktivitäten in dieser Richtung abzulehnen seien.¹³ Am 3. Mai 1991 betonte der Direktor desselben Büros, Wang Zhaoguo, gegenüber Chen: "Taiwan und das Festland sind alle ein Teil Chinas." Damit werden, wie im Taipeier Programm zur nationalen Vereinigung formuliert, beide Seiten als gleichberechtigt betrachtet. Aus offiziellen Kreisen in Beijing wurde die sprachliche Umformulierung als eine Erwiderung auf Taiwans Beendigung der Periode der Mobilmachung bezeichnet. Außerdem soll Beijing noch die Konzession gemacht haben, in Zukunft die von Taiwan aufgestellte Formel "Ein Staat, zwei Regionen" hinsichtlich der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße stillschweigend zu akzeptieren und gegebenenfalls Äußerungen von einer Waffenanwendung gegen Taiwan zur chinesischen Wiedervereinigung möglichst zu vermeiden.¹⁴ Auch Vizeministerpräsident Wu Xueqian empfing am 4. Mai die taiwanesischen HJJ-Delegation und erwähnte dabei, daß Beijing zu gegebener Zeit auf Taiwans Beendigung der Periode der Mobilmachung reagieren werde.¹⁵

Der Prozeß der chinesischen Vereinigung wurde nun von beiden Seiten der Taiwan-Straße in Bewegung gesetzt, aber beide Seiten haben immer noch stark unterschiedliche Vorstellungen von einem vereinigten chinesischen Staat. Während Beijing nach dem Motto "ein Staat, zwei Systeme" Taiwan ebenso wie Hongkong und Macau möglichst schnell in eine Sonderverwaltungszone der VR China umwandeln möchte, zielt Taipeï mit seinem Programm zur nationalen Vereinigung langfristig darauf ab, einen demokratischen, freiheitlichen und marktwirtschaftlich orientierten, d.h. also nicht-kommunistischen chinesischen Staat, aufzubauen. Kurz- und mittelfristig möchte es gemäß dem Prinzip "Ein Staat, zwei Regionen" oder "Ein Staat, zwei politische Gebilde" nur den Status quo aufrechterhalten.

Anmerkungen

- 1) ZYRB, 2.5.91; CP u. LHB, 1.5.91.
- 2) Dazu s. das Dokument in diesem Heft.
- 3) Ausführlich dazu s. *China aktuell*, Jan. 1979, Ü83, S.26 f.
- 4) Zum Text des Ye-Interviews s. RMRB, 1.10.81 und deutsche Übersetzung in BRn 1981/Nr.40, S.10ff. (Nachdruck in *China aktuell*, Okt. 1981, S.860).
- 5) Ausführlich dazu s. Bernd Geseko v. Lüpke, "Die Taiwan-Politik der Volksrepublik China seit 1980", Hamburg 1988, S.97ff. Zu den sino-britischen Verhandlungen und der "Gemeinsamen Erklärung" über Hongkong s. Yu-Hsi Nieh, "Das chinesisch-britische Pokern um Hongkong", in *China aktuell*, Okt. 1983, S.606ff.; derselbe, "Chinesisch-britische Vereinbarung über Hongkong", in: *China aktuell*, Sept. 1984, S.528ff.
- 6) LHB, 12.4.91; ZYRB, 13.4.91.
- 7) DGB, 10.4.91.
- 8) Vgl. LHB, 15.3.91.
- 9) ZYRB, 30.4.91.
- 10) RMRB, 26.4.91; BRn, 16.4.91; DGB, 29.4.91.
- 11) LHB, 25.3.91; ZYRB, 26.3.91.
- 12) ZYRB u. LHB, 29.4.91.
- 13) LHB, 30.4.91.
- 14) LHB, 4.5.91; ZYRB, 5.5.91.
- 15) LHB, 5.5.91.